

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,
Gernau Nr. 10.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1436
Verkaufspreis: Riesa Nr. 12.

Nr. 253.

Donnerstag, 29. Oktober 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 32 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; Zeitrauber und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, feste Tarife, Bemerklicher Rabatt erzielt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Vertriebsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Auslegungen.

Der scharfe Gegensatz der Meinungen, der sich in den letzten Tagen zwischen den bisher in der Regierung zusammengeschlossenen Parteien, im besonderen zwischen der durch die Person Dr. Stresemanns für die Außenpolitik in erster Linie maßgebenden Deutschen Volkspartei herausgebildet hat, bewegt sich bezeichnender Weise nicht um die Formulierungen des Vertrages selbst, sondern um die Auslegungen, die diesem Vertrage gegeben werden können, bzw. bereits gegeben worden sind. Es spricht an sich nicht gerade für die Vertrauenswürdigkeit des Volkwerkes, daß dieser Kampf um die Auslegungen heute bereits, also schon vor der endgültigen Unterzeichnung, entbrannt ist. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß die anfangs bis in die Kreise der deutschnationalen Presse hinein durchaus nicht scharf ablehnende, sondern zum Teil zurückhaltend freundliche Stimmung infolge der Auslegungen umgeschlagen hat, die man in Paris und London den Abmachungen gegeben hat. Chamberlain hat z. B. erklärt, er lasse die Abmachungen von Locarno als eine Stabilisierung des Vertrages von Versailles auf die „Deutsche Tageszeitung“ kann in einer Aufschrift von „Beauftragter“ deutschnationaler Seite, unterzeichnet vom Reichstagsabgeordneten und früheren Hauptartikel-leiter Baeder, darauf hinweisen, daß eine halbamtliche englische Erklärung in allen wichtigen Punkten die deutsche Auffassung Lilgen Strafe. Auch in dieser englischen Erklärung tritt die Auffassung vom freiwilligen Verfall, vom Verzicht auf deutsches Land und Volk und von der Bündnispflicht gegen Rußland auf. Wenn diese Auffassung auch für Deutschland nicht maßgebend ist, so muß man doch damit rechnen, daß die Weltmeinung wie immer mit dem englischen Standpunkt gleichzusetzen ist. Ihre bisherige Mitarbeit an den außenpolitischen Plänen der Regierung bis zur Verankerung in Locarno begründen die Deutschnationalen damit, daß eine Auslieferung der bereits vor ihrer Einführung eingeleiteten Aktion an die von vornherein zu jedem Verzicht bereit und in Optimismus und Vertrauensfähigkeit besessene Linke eine große Gefahr für das Reich bedeuten würde. Sie berufen sich ferner darauf, daß von vornherein in die Unverbindlichkeit der Abmachungen von Locarno betont worden ist. Die „Einmütigkeit“ des Kabinetts sei nur taktischer Natur gewesen, um die Weiterarbeit nicht zu lösen. Schließlich hätten starke Gegenstände in der Auffassung bestanden.

Die Deutsche Volkspartei unterstreicht in ihrer offiziellen Entschiedenheit nochmals den deutschen Standpunkt in den zweifelhaften Fragen, da es sich um die Partei des Außenministers handelt und da diese Entschiedenheit in Gegenwart Dr. Stresemanns angenommen worden ist, so ist diese Kundgebung durchaus als amtlicher Charakter als in erster Linie an die Adresse unserer Gegner gerichtet zu betrachten und muß begrüßt werden. Auch die energische Betonung der Vorbehalte und Rückwirkungen beweist, daß man die Parteien heute nicht schlechthin in „vertragswillig“ und „vertragsfeindlich“ scheiden kann, wie es vielfach geschieht. Auch die Deutsche Volkspartei ist nur unter Vorbehalt „vertragswillig“. Diese Vorbehalte werden ebenfalls vom Zentrum und den Demokraten gebilligt.

Die bedauerliche Verschärfung der Krise, die sachlich bei der sich eng berührenden Stellungnahme der Parteien gar nicht in dieser Schärfe hätte auftreten brauchen und die auch ohne das Trümmerstück der Entente wohl kaum aufgetreten wäre, ist noch dadurch beschleunigt worden, daß die Linkspresse, vor allem der „Vorwärts“, ganze Äbel voll Dohn und gefährlicher Verachtung über die angeblich so charakterlose deutschnationale Partei, deren Umfall sicher sei, ausgegossen hätte. Ein wahres Freudengefühl über die „Katastrophe der deutschnationalen Theologie“ hat der „Vorwärts“ angestimmt. Er hat, genau im Sinne der deutschnationalen Einwände, die Gefahren von Locarno in einer Stellungnahme gekennzeichnet und betont, daß die Sozialdemokraten, die an sich den Ergebnissen von Locarno kritisch gegenüber stehen, trotzdem Locarno als den Kanon der deutschnationalen begriffen. Eine schamlosere Selbstentwürdigung kann man sich schlechterdings nicht vorstellen. Eine deutsche Partei hält einen Vertrag für schlecht, wünscht aber trotzdem aus innerem Parteigehorchen seine Annahme.

Aufgabe der Reichsregierung ist es nun, Klarheit über die Auslegungen, Bürgschaft für die Rückwirkungen zu verlangen. Wenn der Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung dazu beiträgt, diese Rückwirkungen zu fördern, so hat er seinen geschichtlichen Sinn gehabt. Die grundsätzlichen Meinungsunterschiede zwischen den beiden Rechtsparteien sind auch in der Außenpolitik nicht so groß, daß sie ein dauerndes Zerwürfnis und eine neue Ausgestaltung der im Staatsbürgerlichen und nationalen Sinne besonders wertvollen Reichsgruppen, etwa nach dem Wunsch der erbschaftslückernden Linke, rechtfertigen könnten.

Schadenersatzforderungen in Damaskus.

London. Der „Evening Standard“ berichtet von den Vorgängen in Damaskus, im Foreign Office liege keine offizielle Mitteilung vor, daß britische Untertanen zu Schaden gekommen seien. Die Konsularvertreter in Damaskus unter Führung des britischen Vertreters zeichneten energig das Inventar auf, um an Frankreich als Mandatarmacht Schadenersatzforderungen stellen zu können.

Der Reichskanzler Dr. Luther in Essen.

11 Berlin. Der Reichskanzler besah sich gestern um 2 Uhr nach dem Diner, bei dem MacDonald sein Gast war, mit dem Hingangs nach Essen, wo er für 9.30 Uhr abends eine Rede vor den Gewerkschaften ansetzen sollte. Die Lustverbindung gab die einzige Möglichkeit, dieses Programm zu verwirklichen. Für die Landung bei Dunkelheit waren besondere Beleuchtungsmaßnahmen getroffen.

Nach einer umgehenden Meldung aus Essen ist Reichskanzler Dr. Luther um 6 Uhr 40 Minuten im Flugzeug bei Klarem Wetter und hellem Mondschein auf dem hiesigen Flugplatz eingetroffen. Zum Empfang hatten sich einige hundert Staatssekretäre Exzellenz Dr. Schmidt, Oberbürgermeister Dr. Bracht-Essen und Oberbürgermeister Rembe-Mülheim.

Rede des Reichskanzlers.

11 Essen. In Erwartung der politischen Rede des Reichskanzlers füllte ein nach mehreren Tausenden zählendes Publikum den großen Saal des städtischen Saalbaus bis auf den letzten Platz.

Um 9 1/2 Uhr erschien, mit Handkuffen lebhaft begrüßt, Reichskanzler Dr. Luther. Er wies zu Eingang seiner Rede auf die Bedeutung der Essener medizinischen Woche als Kulturvermittelnder Einrichtung und auf die besondere Bedeutung des Ruhrbezirks für die Arbeit der deutschen Wirtschaft hin.

Als Thema für seine Betrachtungen habe er die Frage gewählt:

Was bedeutet Locarno?

Gliederung und Aufbau des Vortrags sollte er dem Rahmen der medizinischen Woche anpassen, an die medizinischen Begriffe: Anamnese — Gesundheitsziel, Therapie — Prognose. Vor dem Kräfte sei die Grundlage für die politische Weltanschauung Europas das System der Gleichgewichtserhaltung gewesen; in der Nachkriegszeit sei durch die Schaffung von zwei Kategorien von Staaten, den entwaffneten und den bewaffneten, das Gleichgewicht gestört worden. Aufgabe der deutschen Politik sei, Deutschland als gleichberechtigten Faktor in das europäische Staatensystem wieder einzufügen. Gleichberechtigung sei Voraussetzung für jede fruchtbare Mitarbeit an den großen gemeinsamen Aufgaben. Die außenpolitischen Sorgen, die das deutsche Volk bewegen, knüpfen zunächst an die große Frage der allgemeinen Entlastung an, die im Vertrage von Versailles als Grundprinzip aufgestellt sei. Auch in Locarno habe die Frage der Entlastung eine wichtige Rolle gespielt. Das oberste Ziel von Locarno sei aber die Schaffung von Sicherungen für den Frieden. Zu diesem Zwecke diene in erster Linie der in Locarno weitgehend verwirklichte Gedanke des Schiedsverfahrens.

Der Reichskanzler gab anschließend eine eingehende Darlegung des Sicherheitspakts unter besonderer Berücksichtigung einzelner der Wesentlichkeit besonders interessierender Probleme. Das Schiedsverfahren habe sich in den Erweiterungen in London und Locarno als geeignetes und wirksames Mittel zur Sicherung des Friedens bewährt.

Der Reichskanzler erörterte dann die einzelnen Bestimmungen des Sicherheitspakts, beginnend mit der Präambel, und danach übergehend zu Art. 1 und 2, deren Inhalt für den Rhein und das Ruhrland von besonderem Interesse sei. Auch die im Zusammenhang stehenden Vorschriften der Völkerbundstatute wurden zur Erläuterung mit herangezogen, besonders diejenigen, die bei Konflikten zwischen den Staaten der Bestimmung des Angriffs und der Regelung von Rechten und Pflichten der Beteiligten dienen. Was die Disfragen anlange, so sind hier im Hinblick auf die Führung der deutschen Diktatur eine andere Lage gegeben als im Westen. Aber auch hier stehe das Friedensziel, wie in der

Präambel an den Völkerverträgen ausgedrückt, im Vordergrund. Die in Locarno getroffenen Abmachungen zwischen Frankreich und Polen bzw. der Tschechoslowakei hielten sich genau an die im Völkerbunde getroffenen Abmachungen, wozu noch vom deutschen Standpunkt aus hinzutomme, daß bei etwaigem Eintritt des Garantiefalles die englische und italienische Garantie zu Gunsten Deutschlands mittelbar wirksam werden könne.

Zur Frage des Art. 16 der Völkerverträge wies der Reichskanzler auf die Beziehungen Deutschlands zu Rußland hin, die, wie der jüngst abgeschlossene deutsch-russische Handelsvertrag beweise, durch das Werk von Locarno nicht geändert hätten. Die deutsche Stellungnahme zu Art. 16 sei bestimmt durch die besondere Lage Deutschlands in Bezug auf den militärischen Rüstungszustand und durch seine geographischen Verhältnisse. Der Reichskanzler berührte im Zusammenhang auch die übrigen mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängenden Fragen.

Anschließend ging er zur Prognose über, zur Beantwortung der Frage, wie das in Locarno Erreichte sich in Zukunft auswirken werde. Hier hegte er den Optimismus, in den Vordergrund, daß ein Erfolg nicht deshalb abzulehnen werden dürfe, weil er nicht alle gehegten Wünsche erfülle. Der Weg zum Aufstieg sei mühselig und langsam. Ein Rückblick auf die vergangenen Jahre ergabe jedoch, daß ein positiver und behäuflicher Fortschritt festzustellen sei.

In dieser Beziehung komme dem Art. 6 des Sicherheitspakts besondere Bedeutung zu. Hier sei in der Einleitung des Schiedsverfahrens über die Regelung des Londoner Abkommens hinaus ein besonderer Fortschritt erzielt. Die besondere Bedeutung des Art. 6 des deutsch-französischen Schiedsvertrages wurde in diesem Zusammenhang erörtert. Der Reichskanzler schloß sich dann mit den Einwänden und Bemerkungen auseinander, die gegen das Werk von Locarno laut geworden seien, und wies abschließend auf die großen allgemeinen Gesichtspunkte hin, die bei Betrachtung des Werks von Locarno im Rahmen der Weltpolitik und der Weltwirtschaft in Betracht gezogen werden müßten.

Zur Frage der Rückwirkung unterrichtete der Kanzler mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der Schaffung einer Grundlage, auf der dem schwergeprüften deutschen Volke Vertrauen in die gemachten Zusicherungen und Gewäßen an den Frieden der Zukunft erwachen könnten. Es bestehe kein Zweifel daran, daß, wenn die Rückwirkungen insonderheit hinsichtlich der Rheinlandfragen in dem Sinne behandelt würden, der die logische Auswirkung der Verhandlungen von Locarno darstelle, dann eine große Mehrheit des deutschen Volkes dem Vertrage von Locarno zustimmen würde. Demgegenüber sei es eine Frage von nachgeordneter Bedeutung, in welcher Weise dieser sichere deutsche Volkswille seinen endgültigen Ausdruck finde, sei es im Parlament, wie es jetzt bestehe, sei es durch Befragung des deutschen Volkes selber.

Allen deutschen Parteien rufe er zu, daß es sich jetzt darum handle, nicht Politik im gewöhnlichen Verstande zu treiben, sondern daß das deutsche Volk jetzt vor geschichtlichen Aufgaben stehe. Das eine außenpolitische Entscheidung von solcher Tragweite tiefe Spuren in die gesamte politische Entwicklung eines Volkes grabe, entspreche aller geschichtlichen Erfahrung. Er werde seine ganze Kraft daran setzen, daß die große außenpolitische Frage wirklich reif werde zur Entscheidung durch das deutsche Volk. Das sei seine Aufgabe im Dienste des gesamten deutschen Volkes, der höher stehe als irgendwelcher Parteigegensatzpunkt.

In dieser Stadt, schloß der Reichskanzler, „in der ich die Ehre und das Glück gehabt habe, als Oberbürgermeister zu walten, weiß ich sehr wohl, daß der gegenwärtige Reichskanzler Parteigegensatzpunkt nicht kennt. Aber ich glaube an Deutschland.“

Langanhaltender Beifall folgte der Rede. Hierauf wurde begeistert das Deutschlandlied gesungen.

Die Sozialdemokraten verlangen Reichstagsauflösung.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Mittwoch zur Prüfung der politischen Lage zusammen. Er gab nach etwa zweistündiger Verhandlung folgendes Communiqué heraus:

Der Vorstand war einmütig der Auffassung, daß sich durch den Austritt der deutschnationalen Minister an der scharfen Oppositionsstellung der Sozialdemokratie gegen die Regierung Luther nichts geändert hat. Der Austritt der Deutschnationalen beweist nur, daß es unmöglich ist, mit dieser Partei eine den deutschen Interessen entsprechende auswärtige Politik zu führen.

Die Sozialdemokratie kann nicht daran denken, die Deutschnationalen aus der Verantwortung zu entlassen und in diesem Reichstag den Vertrag von Locarno, in dem sie den großen Erfolg ihrer eigenen außenpolitischen Richtlinien erblickt, gegen die deutschnationalen Stimmen zu ratifizieren. Sie sieht den geeigneten Weg zur Lösung der Krise in der Befragung des Volkes vermittelst der Auflösung des Reichstags.

Der Fraktionsvortrag wird die Reichstagsfraktion zum Freitag, den 6. November einberufen, um zur Situation, insbesondere zur Frage des Zusammentritts des Reichstags Stellung zu nehmen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Mittwoch auch mit der Wirtschaftspolitischen und Finanzpolitik der Regierung. Er wies insbesondere, daß allgemeine Steuermittel, die in erster Linie von den breiten Massen des werktätigen Volkes aufgebracht wurden, zur Stützung großagratischer und groß-industrieller Unternehmungen verwendet werden. Diese Verwendung ist um so bedenklicher, als sie ohne parlamentarische Genehmigung und öffentliche Kritik erfolgt.

Der Vorstand erhebt ferner gegen die Abkist Einspruch, daß öffentliche Mittel auch zur Stützung verkränkelter Unternehmungen des Reichs-Landwirts und damit zur Förderung deutschnationaler Parteizwecke verwendet werden sollen.

Die Demokraten für ein Kabinett Marx.

Berlin. Aus demokratischen Kreisen erfahren wir, daß die demokratische Reichstagsfraktion unter keinen Umständen bereit sein würde, der Regierung Luther beizutreten. Nach Auffassung der demokratischen Führer werde es notwendig sein, die Parteien des Weimarer Volksbundes zu einem gemeinsamen Vorgehen zu vereinigen. Der frühere Reichskanzler Dr. Marx sei sehr derjenige Mann, der in der Lage sein würde, die Situation reiflos zu klären. Nach dieser Richtung hin werden die demokratischen Führer in den nächsten Tagen dem Zentrum bestimmte Vorschläge unterbreiten.